

Niederschrift über die 51. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. November 2015, 19:30 Uhr, in der Wandelhalle Bad Wildungen

Anwesend waren

von der Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nawrotzki (SPD)

CDU

Oliver Syring, Dr. Edgar Schmal, Fritz Faupel, Marc Vaupel, Markus Nordmeier, Renate Faber, Karl-Wolfgang Rest, Helmut Simshäuser, Uwe Gimpel, Hedda Schirmeyer, Christian Ranft

SPD

Walter Mombrei, Petra Göbel, Rainer Paulus, Jürgen Werner Schlauß, Holger Pflücker, Harald Möller, Alois Mieslinger

FDP

Jörg Schäfer

FWG

Dr. Hans Schultheis, Horst Reis

Bündnis 90 Die Grünen

Stefan Riedel, Caroline Chantal Tönges, Thomas Buch

DIE LINKE

Jens Lohrmann

Sonstige

Jürgen Graul

vom Magistrat:

Bürgermeister Volker Zimmermann, Erster Stadtrat Bart van der Meer, Stadträtin Petra Diederich, die Stadträte Manfred Jahnes, Hans Starke, Ulrich Tent, Reinhard C. Schulz, Achim Pollert

als Schriftführerin: Damaris Pielsticker

von der Verwaltung: Günther Gutheil, Thomas Pehlke, Annette Lambertz, Klaus Weidner, Christian Graß

entschuldigt fehlten: die Stadtverordnete Dr. Ulrike Knoll, die Stadtverordneten Heinrich Heintzemann, Hubert Schwarz, Klaus Micino, Axel Finger, Ralf Gutheil, Bernd Süring, Ciro Micino, Klaus Stützle, Josef Nieder, die Stadträte Klaus Schmutzler, Hartmut Otto, Klaus Spohr

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Anfragen und Anregungen
3. Anfragen und Anregungen der Ortsvorsteher
4. Weber`s Kindergarten im Kurhaus;
Antrag der FWG-Fraktion
5. Zweitwohnungssteuer;
Antrag der CDU-Fraktion
6. Entwurf des Haushaltsplanes 2016
7. a) Aufnahme des Projekts „Aktivierung und Sanierung des Kurhauses“ in das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“,
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion
b) Dringlichkeitsantrag zur Erweiterung des Geltungsbereichs Aktive Kernbereiche KAG, mittleres Edertal
Fördermöglichkeiten im Rahmen von Bundes- und Landesprogrammen
- notwendige Stadtverordnetenbeschlüsse
9. Vergabeverfahren und Kriterien für den Verkauf Haus Oestreich – „Brunnenstraße 59“

Stadtverordnetenvorsteher Nawrotzki eröffnete um 19:30 Uhr die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 1: Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Der Stadtverordnetenvorsteher gab bekannt, dass von Seiten des Magistrats ein Dringlichkeitsantrag vorliege zum Thema „Förderanträge im Rahmen von Bundes- und Landesprogrammen u. a. in Erweiterung des Geltungsbereichs Aktive Kernbereiche KAG für das Kurhaus.“ Weiterhin liege auch von Seiten der SPD-Fraktion ein Dringlichkeitsantrag vor zum Thema Aufnahme des Projekts „Aktivierung und Sanierung des Kurhauses“ in das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“.

Es erhob sich kein Widerspruch dagegen, die beiden Dringlichkeitsanträge wegen des gleichen Themas unter Tagesordnungspunkt 7 gemeinsam zu beraten und in die Tagesordnung mit aufzunehmen.

Stadtverordnetenvorsteher Nawrotzki gab den Termin zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Flüchtlinge“ am 09.11.2015, um 19:00 Uhr, im Bürgerhaus Altwildungen bekannt.

Zu Punkt 2: Anfragen und Anregungen

Stadtverordneter Dr. Schultheis: Anfrage nach dem Sachstand der Fraktionsanfrage der FWG-Fraktion zum Thema Geburtshilfe.

Antwort des Bürgermeisters: Zu diesem Thema wurden mit Bürgermeister Spogat bereits Gespräche geführt. Fritzlar suche dringend Ärzte für eine Geburtsstation. Dies sei auch vor dem Hintergrund der Dienstzeiten sehr schwierig und nicht nur eine Frage des Geldes.

Stadtverordnete Faber empfahl, Schilder mit der Aufschrift Kurdirektor vor dem Kurhaus und im Kurpark zu entfernen.

Antwort des Bürgermeisters: Er werde sich darum kümmern.

Stadtverordneter Schäfer: Anfrage zum Sachstand des Zirkusaufenthaltes auf dem Schützenplatzgelände.

Antwort des Bürgermeisters: Die vertragliche Aufenthaltsfrist sei bereits abgelaufen. Hinweise zum Umzug in eine andere Stadt bzw. zum Verlassen des Geländes liegen ihm bisher noch nicht vor.

Stadtverordneter Graul: Anfrage nach dem Sachstand der Baumaßnahme Freizeiteinrichtung Heloponte. Für ihn hat die Freizeitanlage absolute Priorität gegenüber dem Kurhaus. Die Maßnahme müsse schnell vorangetrieben werden.

Antwort des Bürgermeisters: Er stellte fest, dass die Maßnahmen bezüglich des Helopontes tatsächlich Priorität vor allen anderen städtischen Angelegenheiten hätten. Lt. Beschluss des Magistrats soll ein neues Bad am gleichen Standort gebaut werden. Gutachter Kannewischer habe einen Ergänzungsauftrag zu seinem Gutachten, zu prüfen, ob auch der Bau einer Therme mit angeschlossenem Sport- Freizeit- und Familienbad betriebswirtschaftlich sinnvoll sei und an welchem Standort.

Bürgermeister Zimmermann beantwortete im Anschluss Anfragen und Anregungen aus vorangegangenen Sitzungen.

Zu Punkt 3: Anfragen und Anregungen der Ortsvorsteher

Es lagen keine Anfragen und Anregungen der Ortsvorsteher vor.

Zu Punkt 4: Weber`s Kindergarten im Kurhaus; Antrag der FWG-Fraktion

Stadtverordneter Dr. Schultheis begründete den Antrag seiner Fraktion und erläuterte, dass es sich um einen Antrag zur Schaffung eines weiteren neuen Kindergartens für Bad Wildungen handle, der am Standort Kurhaus eingerichtet werden solle um den durch die Flüchtlingssituation zu erwartenden zusätzlichen Kindern gerecht zu werden. Der Kindergarten solle nicht ein Ersatz für Weber`s Kindergarten sein.

Stadtverordneter Mombrei warnte vor blindem Aktionismus. Es müsse erst einmal der Bedarf ermittelt werden. Auch dass der finanzielle Aufwand durch das Land Hessen wieder ausgeglichen würde, bezweifle er. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. Der Sozialausschuss sollte sich mit der Thematik befassen.

Stadtverordneter Schäfer kündigte an, dass er dem Antrag nicht zustimmen werde. Er sehe die Lösung darin, die Kinder erst einmal in den bereits vorhandenen Kindergärten unterzubringen, wo sie sich seiner Ansicht nach auch besser integrieren ließen. Sollte dies in Zukunft nicht ausreichen, müsse der Sozialausschuss in der Sache tätig werden und ein Konzept ausarbeiten.

Stadtverordneter Syring gab zu bedenken, dass das Defizit im Kindergartenbudget des Haushalts jetzt schon sehr hoch sei. Er halte die Integration der Flüchtlingskinder auch für sehr wichtig, sehe aber vorrangig die Integration der Flüchtlingskinder in bestehende Einrichtungen und nicht die Schaffung eines Kindergartens für Flüchtlingskinder. Die CDU-Fraktion beantrage daher eine Überweisung an den Magistrat mit dem Prüfauftrag, festzustellen, wie groß der Bedarf an zusätzlichen Plätzen ist, wie viele freie Plätze noch zur Verfügung stehen und ob bei einem Ausbau Fördermittel generiert werden können. Erst wenn diese Informationen vorliegen, solle die Stadtverordnetenversammlung entscheiden. Bis dahin könne bei Bedarf der Kindergarten im Kurhaus weiter betrieben werden.

Stadtverordneter Buch erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Grüne den Prüfantrag an den Magistrat unterstütze, mit der Maßgabe, das entsprechende Ergebnis im Sozialausschuss zu beraten.

Stadtverordneter Graul kündigte an, dass er dem Antrag der FWG-Fraktion nicht zustimmen werde. Er halte die Diskussionen in der Sache für zu verfrüht. Er gehe davon aus, dass in Zukunft Sonderprogramme aufgelegt würden, um den entstehenden Bedarf abzudecken.

Bürgermeister Zimmermann gab zu bedenken, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen sei, wie viele Flüchtlinge Bad Wildungen noch zugewiesen werden würden und ob darunter auch eine große Anzahl Kinder sein werden. Zurzeit seien im Kindergartenbereich noch freie Plätze vorhanden. Die Räumlichkeiten können auch nach dem Umzug in Weber's Kindergarten als Reserve vorgehalten werden. Zu den finanziellen Auswirkungen erklärte er, dass alle Ausgaben genau erfasst werden, um entsprechende Erstattungen hierfür zu erhalten. Ob eine Kostenübernahme durch Bund oder Land erfolge, stehe noch nicht fest.

Stadtverordneter Dr. Schultheis stellte klar, dass es im FWG-Antrag darum ginge, bei zukünftigem Bedarf schnell reagieren zu können. Seiner Fraktion ginge es in erster Linie um die Verantwortung gegenüber den Kindern und nicht um die erforderlichen Geldmittel.

Stadtverordnetenvorsteher Nawrotzki ließ über den Überweisungsantrag der CDU-Fraktion wie folgt abstimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit der Analyse über den möglichen Bedarf an Kindergartenplätzen sowie den damit verbundenen Kostenaufwand und entsprechenden Beantragungsmöglichkeiten zur Kostenübernahme mit anschließendem Bericht im Ausschuss für Soziales, Jugend und Kultur.“

Abstimmung: Dafür, einstimmig

Zu Punkt 5: Zweitwohnungssteuer; Antrag der CDU-Fraktion

Stadtverordneter Rest begründete den Antrag seiner Fraktion.

Stadtverordneter Buch stellte infrage, dass es sich bei dem Fragenkatalog bezüglich der Zweitwohnungssteuer der CDU-Fraktion um einen Fraktionsantrag handle. Seiner Meinung nach stelle dies eine Fraktionsanfrage dar.

Stadtverordneter Mombrei erklärte, dass er den Antrag für populistisch halte und die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Stadtverordneter Dr. Schmal bekräftigte, dass nicht die Einnahmen durch die Zweitwohnungssteuer erzielt wurden, die man sich erhofft habe, und deshalb die Erhebung zu überdenken sei.

Stadtverordneter Graul zeigte sich entrüstet, dass sich in der Sache mit den anderen Fraktionen nicht beraten wurde. Er kündigte an, dass er dem Antrag nicht zustimmen werde.

Stadtverordnetenvorsteher Nawrotzki ließ über den folgenden Antrag abstimmen:

„Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in einer schriftlichen Stellungnahme folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Ursachen haben die gravierenden Fehleinschätzungen über die erwarteten Einnahmen bei der Einführung der Zweitwohnungssteuer?
2. Wie hoch war der mit der Einführung der Zweitwohnungssteuer verbundene personelle und sachliche Aufwand?
3. Wie hoch ist der zukünftige jährliche mit der Erhebung der Zweitwohnungssteuer verbundene personelle und sachliche Aufwand zu beziffern.“

Abstimmung: Dafür: 12, dagegen: 15

Zu Punkt 6: Entwurf des Haushaltsplanes 2016

Bürgermeister Zimmermann erläuterte und begründete in seiner Haushaltsrede den vorliegenden Haushaltsentwurf 2016.

Der Stadtverordnetenvorsteher ließ über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung überweist die Entwürfe

- der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2016 der Stadt Bad Wildungen und
- des Wirtschaftsplanes 2016 für den Eigenbetrieb Staatsbad Bad Wildungen/ Bad Reinhardsquelle“

mit den beizufügenden Anlagen zur Beratung und Berichterstattung an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss.“

Abstimmung: Dafür, einstimmig

**Zu Punkt 7 a: Aufnahme des Projekts „Aktivierung und Sanierung des Kurhauses“ in das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“,
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion**

**Zu Punkt 7 b: „Erweiterung des Geltungsbereichs Aktive Kernbereiche KAG, mittleres Edertal
Fördermöglichkeiten im Rahmen von Bundes- und Landesprogrammen
- notwendige Stadtverordnetenbeschlüsse
Dringlichkeitsantrag des Magistrats**

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Dr. Schmal übernahm zu diesem Tagesordnungspunkt den Vorsitz. Beide Dringlichkeitsanträge sollen gemeinsam beraten werden.

Stadtverordneter Nawrotzki begründete den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion.

Bürgermeister Zimmermann begründete den Antrag des Magistrats. Der Bauamtsleiter, Klaus Weidner, zeigte die unterschiedlichen Förderwege auf und stellte die verschiedenen Bewilligungsmöglichkeiten zu den entsprechenden Anträgen auf Förderprogramme dar. Bürgermeister Zimmermann wies auf die Wichtigkeit hin, die Möglichkeiten des Programms „Aktive Kernbereiche“ zu nutzen, da auf Anraten von Frau Jasch vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein Antrag auf Förderung durch Bundesmittel nur bedingt Aussicht auf Bewilligung habe, da das Projekt noch nicht im Detail feststehe. Klar sei, dass die bestmögliche Förderung angestrebt werde.

Stadtverordnetenvorsteher Nawrotzki entgegnete, dass nach seiner Rücksprache mit dem o.g. Ministerium eine Förderung vom Bund nicht als völlig ausgeschlossen anzusehen sei und zweifelte die Darstellung des Bürgermeisters an.

Stadtverordneter Mombrei gab zu bedenken, dass auch andere Kommunen die gleichen zeitlichen Voraussetzungen wie Bad Wildungen haben und auch die Aufnahme ins Bundesprogramm beantragten. Er bleibe seitens der SPD-Fraktion dabei, die Beantragung wie im Antrag aufgeführt, vorzunehmen.

Stadtverordneter Syring appellierte an den Bürgermeister, sich für die Umsetzung des Projekts Kurhaus einzusetzen und erklärte, dass es für die CDU-Fraktion wichtig sei, nicht auf der Bremse zu stehen.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Dr. Schmal erläuterte, dass der von der Verwaltung vorgelegte Dringlichkeitsantrag umfassender sei gegenüber dem SPD-Antrag. Er schlug daher vor, erst einmal über den Dringlichkeitsantrag des Magistrats abzustimmen.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher ließ über den vorliegenden Antrag der Verwaltung abstimmen.

„Der Magistrat nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis und bittet die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen eines Dringlichkeitsantrags in seiner Sitzung am 02.11.2015 folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Geltungsbereich des laufenden Programmes KAG, mittleres Edertal, um den Bereich Kurhausareal (Abgrenzung siehe Karte) erweitert wird. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Fördergeber die Erweiterung zu beantragen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass nach erfolgter Genehmigung der Erweiterung des Geltungsbereichs für die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens zur Entwicklung des Kurhausareals ein Förderantrag zu stellen und das Wettbewerbsverfahren in die Wege zu leiten ist.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, an der Fristsetzung des Beschlusses zum CDU-Antrag vom 07.09.2015 nicht festzuhalten. Das Wettbewerbsverfahren ist aber schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, sich mit den Projekten „Reaktivierung und Sanierung des Kurhauses“ sowie „Sanierung der Sportanlagen Stadion Odershäuser Straße 59“ um Aufnahme in das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zu bewerben.“

Abstimmung: Dafür, einstimmig

Aus Zeitgründen wurde Punkt 9 vorgezogen.

Zu Punkt 9: Vergabeverfahren und Kriterien für den Verkauf Haus Oestreich – „Brunnenstraße 59“

Stadtverordnetenvorsteher teilte mit, dass er zu diesem Beratungspunkt Herrn Rechtsanwalt Menzel als Sachverständigen eingeladen habe, der die Stadtverordnetenversammlung über die Rechtsgrundlagen informieren solle.

Stadtverordneter Graul brachte seinen Ärger darüber zum Ausdruck, dass er als Vorsitzender des Rechts- und Grundstücksausschusses nicht über diese Vorgänge informiert worden sei. Seines Erachtens nach sei die Hinzuziehung eines Beraters als Informationsveranstaltung zu werten und gehöre nicht in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Er bemängelte, dass der Grundstücksausschuss ausgespart und übergangen wurde.

Stadtverordneter Schäfer begrüßte es, Informationen für eine rechtssichere Klärung zu erhalten, hielt aber die Vorgehensweise des Stadtverordnetenvorstehers für falsch und bemängelte, dass die Einzelabgeordneten in den Ablauf nicht eingebunden wurden.

Stadtverordnetenvorsteher Nawrotzki ließ die Stadtverordnetenversammlung darüber abstimmen, ob der Sachverständige, Herr Rechtsanwalt Menzel, in der Sitzung gehört werden

soll. Die Stadtverordneten stimmten bei 2 Gegenstimmen dafür, Herrn Menzel zu hören.

Stadtverordneter Mombrei befürwortete eine Beschleunigung des Verkaufsverfahrens durch eine korrekte Abwicklung. Beratende Informationen seien seiner Meinung nach hierzu hilfreich.

Rechtsanwalt Menzel zeigte die unterschiedlichen Möglichkeiten verschiedener Verfahren auf. Anschließend beantwortete Rechtsanwalt Menzel Fragen zu den Vor- und Nachteilen der verschiedenen Vergabeverfahren.

Stadtverordneter Riedel wies als Vorsitzender des Planungsausschusses darauf hin, dass in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Beschluss gefasst wurde einen Kriterienkatalog für ein Wertgutachten zusammenzustellen, dem der Planungsausschuss auch nachgekommen sei. Die Erstellung eines Wertgutachtens schließe ein Bieterverfahren jedoch aus.

Der Stadtverordnetenvorsteher ließ nach kontroverser Diskussion über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

„Der Magistrat wird beauftragt, den Verkauf des Grundstücks Oestreich in einem von ihm zu wählenden rechtssicheren Verfahren durchzuführen, durch das sichergestellt ist, dass die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Entscheidung frei ist, an wen das Grundstück verkauft wird, und zwar unabhängig von der Höhe des gebotenen Kaufpreises.“

Abstimmung: Dafür, einstimmig

Die ursprünglich vorgesehenen Punkte 7,8, 10-12 konnten aus zeitlichen Gründen zur Beratung nicht mehr aufgerufen werden. Es wurde angekündigt, dass der neue Termin für die Fortsetzungssitzung in den nächsten Tagen bekannt gegeben werde.

Ende der Sitzung: 23:30 Uhr

Bad Wildungen, 09.11.2015

Nawrotzki
Stadtverordnetenvorsteher

Pielsticker
Schriftführerin